



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 25.07.2012, 17:34 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Scala - Baubeschluss 2. Bauabschnitt

Vorl.Nr. 284/12

Beschluss:

Der Gemeinderat als Hauptorgan des Gesellschafters der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH (WBL) beschließt die weitere Umsetzung der Baumaßnahme Scala gemäß der beschlossenen Variante 1 mit Gesamtkosten von rd. 6,285 Mio. EUR. Die Finanzierung erfolgt über die WBL.

Um die Gesamtwirtschaftlichkeit des Objekts für die WBL zu sichern, erhält die WBL im Jahr 2014 über den bereits beschlossenen Zuschuss in Höhe von 1,15 Mio. EUR hinaus eine Kapitaleinlage von 700.000 EUR.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 26 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Noz (Urlaub)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadtrat Kopp (gesch. verhindert)
Stadträtin Burkhardt (Urlaub)
Stadtrat Rebholz (entschuldigt)
Stadtrat Seybold (entschuldigt)
OBM Spec

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** übernimmt die Sitzungsleitung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist EBM **Seigfried** zunächst auf das Absetzen des Tagesordnungspunktes 8, Grundsatzbeschluss und Vergabe der Architekten- und Ingenieurleistungen zum Energetikom, Vorl.Nr. 241/12 von der heutigen Tagesordnung der Gemeinderatssitzung hin. Des Weiteren seien heute insbesondere zum Tagesordnungspunkt 6, weiterer Ablauf STEP Oßweil und Einstieg in die Planungsverfahren „Berliner Platz/Sporthalle Ost“ und „Entwicklungsbereich Ost/Oßweil“ Filmaufnahmen im Zusammenhang mit einer Filmdokumentation zum Stadtentwicklungskonzept vorgesehen. Seitens des Gremiums werden diesbezüglich keine Einwände erhoben.

In die Tagesordnung einsteigend verweist EBM **Seigfried** einleitend auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 284/12 und die mehrheitliche Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung sowie des Aufsichtsrats der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH am 24.07.2012.

Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht.

In der nachfolgenden Aussprache verweist Stadtrat **Herrmann** auf die Ausführungen und Vorberatung im gestrigen Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung. Im Hinblick auf die deutlichen Kostensteigerungen hätte aus Sicht der CDU-Fraktion manches vorher erkannt werden können. Man hoffe, dass die Kostensteigerungen jetzt ein Ende hätten. Mit Blick darauf, dass man keine sinnvolle und verantwortbare Alternative sehe, werde seine Fraktion der Vorlage mehrheitlich zustimmen.

Die Verärgerung über die Kostensteigerungen zum Ausdruck bringend erklärt Stadtrat **Dr. Bohn**, die SPD-Fraktion stimme der Vorlage zwar zu, aber nur ungerne. Von Anfang an habe man eine bescheidenere Lösung favorisiert. Die Großsaallösung halte man angesichts der Saalvielfalt in Ludwigsburg für völlig unnötig. Echte Alternativen gäbe es aber nicht.

Stadtrat **Glasbrenner** verweist auf die im gestrigen Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung dargelegte Begründung des Abstimmungsverhaltens der Fraktion der Freien Wähler. Auch wenn seine Fraktion mit einer Ausnahme der Vorlage nicht zustimme bedeute dies keine Ablehnung des Projektes Scala. Aus grundsätzlichen Erwägungen sei man vielmehr mehrheitlich nicht mehr bereit, generell bei laufenden Projekten derartige Mehrkosten hinzunehmen und die Verantwortung zu übernehmen. Die Alternativen sowie die dadurch erzielbaren Einsparungen machten zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn.

Stadtrat **Dr. Vierling** führt aus, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bekenne sich zum Scala, das eine volle Funktionstüchtigkeit und nachhaltige Lösung bekommen solle. Die Kostensteigerungen schmerzten zwar, jedoch sei ein Ende der Provisorien nötig, um optimale Möglichkeiten bieten zu können. Scala stelle eine wichtige Kultur- und Spielstätte in der Region dar. Dies als große Investition anzugehen bedeute eine Investition in Ludwigsburgs kulturelle Zukunft. Man hoffe, dass nicht der volle Betrag der festgesetzten Mehrkosten zum Tragen komme.

In der mehrheitlichen Zustimmung zur großen Lösung im letzten Jahr sei aus der Sicht von Stadtrat **Haag** die Wertschätzung und Bedeutung des Scala für den Kulturbetrieb in der Stadt zum Ausdruck gebracht worden. Insgesamt sei der Betrag der Kostensteigerungen zwar ärgerlich, die FDP-Fraktion werde jedoch mehrheitlich dem Projekt zustimmen. Zum jetzigen Zeitpunkt mache es keinen Sinn, die Grundsatzfrage zu stellen.

Stadträtin **Lange** schätzt zwar das Scala, jedoch stünden die Kosten in keiner Relation zur Sache. Aus ihrer Sicht könne der gute Namen von Scala und Kinokult mit weitaus geringerem finanziellem Aufwand ohne teure Baulichkeiten erhalten werden. Aus diesen Gründen könne sie Variante 1 nicht zustimmen.

Stadtrat **Hillenbrand** spricht sich mit Blick auf die Bedeutung des Scala für die Stadt und die Bürger für die Umsetzung des damaligen Beschlusses aus und erklärt seine Zustimmung zur Vorlage. Unter Berücksichtigung des Gesichtspunktes der Sanierung eines Altbaus seien die Kostensteigerungen zwar schmerzlich, aber vertretbar.

Seine Ausführungen vom gestrigen Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung wiederholend stellt Stadtrat **Dr. Heer** kurz seine ablehnende Position zur Vorlage dar.

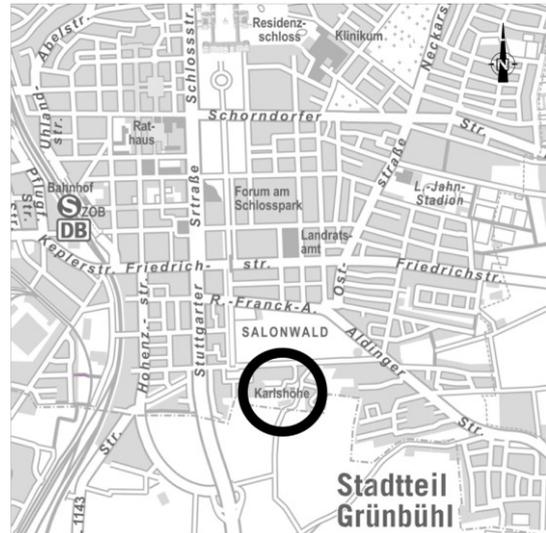
Abschließend stellt EBM **Seigfried** nachfolgend die Vorl.Nr. 284/12 im Gremium zur Abstimmung.

Beschluss:

- I. Die Aufstellung des Bebauungsplanes „Karlshöhe“ Nr. 057/06 wird beschlossen.

Der künftige Geltungsbereich wird nach dem derzeitigen Stand der Planung im Wesentlichen begrenzt durch die Königinalle im Norden, die Bodelschwingstraße im Osten, die Gemarkungsgrenze nach Kornwestheim im Süden und den Theodor-Lorch-Weg im Westen. Maßgebend für den Geltungsbereich ist der Plan des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung vom 22.06.2012.

- II. Ziel der Planung ist es, die weitere bauliche Entwicklung im Bereich des Diakoniewerks Karlshöhe zu sichern und städtebaulich zu ordnen.
- III. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durchzuführen.



Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 31 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Noz (Urlaub)
 Stadtrat Weiss (Urlaub)
 Stadtrat Kopp (gesch. verhindert)
 Stadträtin Burkhardt (Urlaub)
 Stadtrat Rebholz (entschuldigt)
 Stadtrat Seybold (entschuldigt)
 Stadträtin Haberzeth-Grau (befangen)
 Stadtrat Juranek (befangen)
 OBM Spec

Beratungsverlauf:

Stadträtin Haberzeth-Grau und Stadtrat Juranek sind befangen gemäß § 18 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg. Sie nehmen im Zuhörerraum Platz. An der Beratung und Beschlussfassung nehmen sie nicht teil.

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 269/12 und die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt am 05.06.2012.

Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht.

Im Rahmen der nachfolgenden Aussprache äußert Stadträtin **Lange** mehrere Fragestellungen insbesondere in Bezug auf die Räumlichkeiten des älteren Pflegeheims, die Geschossigkeit des neuen Pflegeheims sowie zum Wohnheim für psychisch kranke Menschen. Ihre Bedenken aus baulicher Sicht mitteilend werde der beantragte Neubau für die Bewohner des Pflegeheims ihrer Meinung nach große Einschränkungen bringen. Durch die geplante Zentralküche mit Mensa werde auch der Lieferverkehr stark zunehmen. Diesem Vorhaben werde sie daher nicht zustimmen.

BM **Schmid** macht darauf aufmerksam, dass man sich derzeit im Bereich des Aufstellungsbeschlusses befinde. Man stehe noch am Anfang des Prozesses und die Beratung von Details erfolge im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens.

EBM **Seigfried** erklärt, im Zusammenhang mit dem geplanten Neubauvorhaben des Diakoniewerks Karlshöhe könne eine konzeptionelle Vorstellung im zuständigen Ausschuss erfolgen. Die weitere inhaltliche Beratung finde im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens statt.

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) geht erläuternd auf das Verfahren ein und stellt verdeutlichend die Vorgehensweise und weiteren Schritte dar. Das Pflegeheim sei nicht Bestandteil des heute vorliegenden Aufstellungsbeschlusses, vielmehr sei Bestandteil der Geltungsbereich.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 269/12 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 3

Satzung über eine Veränderungssperre im Bereich "Schwieberdinger Straße"

Vorl.Nr. 290/12

Beschluss:

Aufgrund von §§ 14 Abs. 1 und 16 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) wird folgende Satzung zur Begründung einer Veränderungssperre beschlossen:

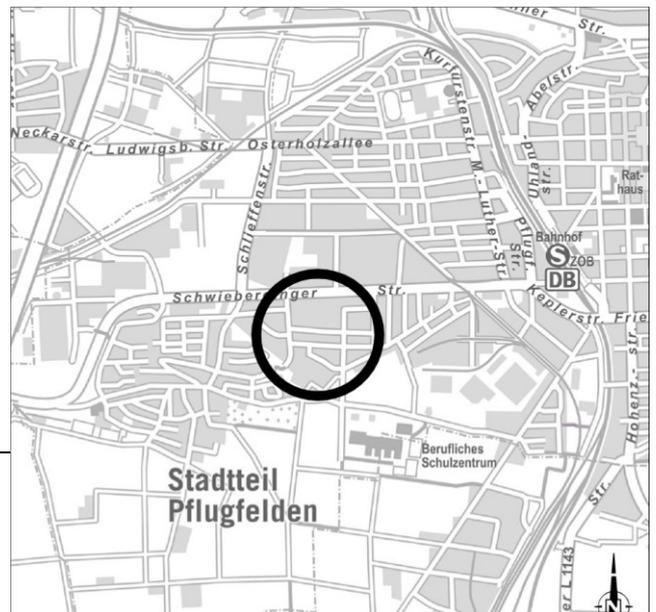
§ 1

Für das in § 2 bezeichnete Gebiet (räumlicher Geltungsbereich) besteht eine Veränderungssperre.

§ 2

Der räumliche Geltungsbereich der Veränderungssperre wird im Wesentlichen begrenzt durch die nördliche Grenze der

Protokollauszug Gemeinderat 25.07.2012



Schwieberdinger Straße, die östliche Grenze der Carl-Goerdeler-Straße, die Dieselstraße, die Daimlerstraße, die Siemensstraße, sowie die Flurstücke 5325 (Fußweg), 5328/3 (Fußweg), 5336, 5410/3, 5012 (Eglosheimer Straße, teilw.), 5820, 5829/1 und 1005 (Schwieberdinger Straße, teilw.). Maßgebend ist der Lageplan des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung vom 08.07.2011, in dem die Grenzen des Geltungsbereichs eingetragen sind.

§ 3

Im räumlichen Geltungsbereich der Veränderungssperre (§ 2) dürfen

1. Vorhaben im Sinne von § 29 BauGB nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden.
2. erhebliche oder wesentlich wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderungen nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig sind, nicht vorgenommen werden.

§ 4

Vorhaben, die vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre baurechtlich genehmigt worden sind, Vorhaben, von denen die Gemeinde nach Maßgabe des Bauordnungsrechts Kenntnis erlangt hat und mit deren Ausführung vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre hätte begonnen werden dürfen, sowie Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bis dahin ausgeübten Nutzung werden von der Veränderungssperre nicht berührt.

§ 5

Diese Satzung tritt mit ihrer Bekanntmachung in Kraft. Die Geltungsdauer richtet sich nach § 17 BauGB.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Noz (Urlaub)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadtrat Kopp (gesch. verhindert)
Stadträtin Burkhardt (Urlaub)
Stadtrat Rebholz (entschuldigt)
Stadtrat Seybold (entschuldigt)
OBM Spec

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 290/12 und die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt am 12.07.2012.

Es wird seitens des Gremiums weder ein Sachvortrag gewünscht noch findet eine Aussprache statt.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 290/12 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 4	Sanierung der Gebäude Alleenstr. 17 - 21 (bisher Pestalozzischule) und Umbau zur Justinus-Kerner-Werkrealschule Entwurfsbeschluss - Einsparoptionen	Vorl.Nr. 296/12
-------	--	-----------------

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Einsparoptionen zur Kenntnis.
Der Gemeinderat folgt der Empfehlung der Verwaltung, die Generalsanierung der Justinus-Kerner-Schule entsprechend der Beschlussvorlage Nr. 159/12 umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 28 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Noz (Urlaub)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadtrat Kopp (gesch. verhindert)
Stadträtin Burkhardt (Urlaub)
Stadtrat Rebholz (entschuldigt)
Stadtrat Seybold (entschuldigt)
Stadtrat Siegmund

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 296/12.

Erläuternd zeigt Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) nachfolgend anhand einer Powerpoint-Präsentation verdeutlichend mögliche Einsparpotentiale zum Vorhaben Generalsanierung Alleenstraße 17-21 und deren Auswirkungen auf. Optionen stellten hierbei die Reduzierung des Energetischen Standards, der Entfall der Lüftungsanlagen in den Klassenräumen, die Teilsanierung Altbau Justinus-Kerner-Werkrealschule sowie eine Reduzierung des Raumprogramms dar. Als Ergebnis empfehle die Verwaltung jedoch, diese Einsparoptionen nicht anzuwenden sondern dem bisherigen Beschluss zu folgen und die Sanierung in dieser Höhe durchzuführen.

OBM **Spec** ist anwesend und übernimmt die Sitzungsleitung.

In der nachfolgenden Aussprache ist aus der Sicht von Stadtrat **Herrmann** nach Darlegung der

möglichen Einsparoptionen mit Blick auf in einigen Jahren zu verzeichnende Mehrkosten eine Einsparung nicht darstellbar. Einen Teil der Mehrkosten hätte man schon vorher erkennen und in die Planung mit aufnehmen können. Seiner Meinung nach hätte insbesondere das Detail im Zusammenhang mit der Lüftungsanlage im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt besprochen werden müssen, dies sei jedoch aus zeitlichen Gründen nicht möglich. Die CDU-Fraktion werde dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen. Er plädiert jedoch dafür, im Herbst sich generell Gedanken in Bezug auf eine künftig bessere Handhabung solcher Baukostenveränderungen, der klareren Aufnahme bekannter Dinge in die Vorlage und deren Miteinfließen in die Kostenschätzung sowie dem kritischen Hinterfragen von immer wieder zur Diskussion stehenden Standards in Neubauten zu machen.

OBM **Spec** bemerkt, die Verwaltung werde nach der Sommerpause mit weiteren Vorschlägen kommen.

Aus der Sicht von Stadtrat **Juranek** befinde man sich in einer Diskussion, die eigentlich im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt geführt werden müsste. Man sei bei Sanierungen zwar gehalten, das energetische Maximum zu erreichen, jedoch müssten sich diese Maßnahmen auch kostenmäßig und energetisch wirtschaftlich darstellen. Um eine energetische Gegenüberstellung zu erhalten, wäre eine umfassende Betrachtung nötig. Er weist außerdem darauf hin, dass eine energetische Sanierung auch dazu dienen solle, Technik zu reduzieren. Die vorgeschlagenen Einsparungen seien nicht wirklich zu empfehlen. Er schlägt er vor, künftig zuvor im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt zu diskutieren und gleich Alternativen vorzuschlagen. Die SPD-Fraktion werde heute mehrheitlich zustimmen.

Stadtrat **Glasbrenner** bringt zum Ausdruck, dass von den vorgebrachten Einsparvorschlägen eigentlich nichts zu übernehmen sei. Auch aus seiner Sicht sollte das Thema im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt behandelt werden, jedoch bestehe hierfür nicht die Zeit. In Zukunft werde man die Haustechnik gründlich überprüfen müssen, da die Technikanlagen aufsummiert würden. Dem Grundgedanken der Energieeinsparverordnung entsprechend sollte teilweise ein gegenseitiger Ersatz stattfinden, nur dann mache es kostenmäßig und in der Gesamtenergiebilanz Sinn. Mit Blick auf eine Grundlüftung müssten vernünftige Lösungen gefunden und dringend generell die Standards überprüft werden. Die Fraktion der Freien Wähler stimme das allerletzte Mal zu.

Die Begründung der Verwaltung ist nach Mitteilung von Stadtrat **Gericke** für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nachvollziehbar. Wichtig sei, nach einer langen Zeit fehlender Sanierungen, jetzt einen in die Zukunft wirkenden Standard umzusetzen. Von Bedeutung sei ebenfalls, dass eine baldige Realisierung statfinde. Insofern werde seine Fraktion der Vorlage zustimmen.

Stadtrat **Haag** ist mit der Vorlage nicht zufrieden und spricht in diesem Zusammenhang das Verhältnis von Einsatz der Mittel zur Effizienz an. In Fachkreisen sei unbestritten, dass man in einer Größenordnung von 80% Effizienz einen vernünftigen Mitteleinsatz habe. Für wichtig halte er darzustellen, wie viel Mittel eingespart und für andere Projekte energetischer Sanierung ausgegeben werden könnten, wenn man den Effizienzeinsatz auf ein vernünftiges Maß bringe. Ein wesentlicher Punkt sei, dass unverhältnismäßig hohe Mittel eingesetzt würden, um diesen Standard zu erreichen. Man hoffe, dass im Rahmen der weiteren Detailplanung noch Möglichkeiten vorhanden seien, um diese Frage zumindest in Teilen zu behandeln. Die FDP-Fraktion stimme der Vorlage zu, um dieses Projekt zeitlich nicht in Frage zu stellen. Diese Frage müsse jedoch in den nächsten Monaten intensiv erörtert werden.

Herr **Weißer** geht im Anschluss erläuternd auf Wortmeldungen und Fragestellungen aus der Mitte des Gremiums insbesondere in Bezug auf die Thematik Passivhaus, Belüftung und Luftwechselrate ein.

Unter grundsätzlichen Erläuterungen zur Chronologie des Bauvorhabens stellt BM **Schmid** nachfolgend die Gesamtzusammenhänge dar. Er macht in diesem Zusammenhang insbesondere

deutlich, dass man sich derzeit noch in der Planungsphase befinde.

OBM Spec stellt abschließend fest, dass das Thema im Herbst 2012 vertieft werde und stellt daraufhin die Vorl.Nr. 296/12 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 5	Parkkonzept Oststadt Aufstellung Parkscheinautomaten einschließlich Beschilderung/Markierung und Bau von zusätzlichen Stellplätzen in der Hindenburgstraße - Baubeschluss	Vorl.Nr. 272/12
-------	--	-----------------

Beschluss:

1. Für die Einführung der flächendeckenden Parkraumbewirtschaftung in der Oststadt von Ludwigsburg werden insgesamt 126 Parkscheinautomaten aufgestellt und die Straßen mit den dafür notwendigen Beschilderungen sowie Markierungen ausgestattet. Die Kosten liegen bei 850.000,-- €.
2. Die Hindenburgstraße wird im Abschnitt zwischen Jägerhofallee und Alt-Württemberg-Allee laut Anlage 4 umgebaut. Die dafür anfallenden Aufwendungen liegen bei 200.000,-- €.
3. Der Gesamtaufwand von 1.050.000,-- € für beide Maßnahmen wird über die Finanzposition 2.6800.9610.000-0401, Parkraumkonzeption Oststadt, finanziert.
4. Um die erforderlichen Baumaßnahmen vergeben zu können, wird die Verwaltung ermächtigt, zusätzlich zu den im Haushaltsplan 2012 zur Verfügung stehenden Mittel von 260.000,-- € Verpflichtungen über weitere 790.000,-- € zu Lasten des Haushaltsjahres 2013 einzugehen. Die Mittel aus dieser Verpflichtungsermächtigung werden im Haushalt 2013 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Die Ziffern 1, 3 und 4 werden en bloc und Ziffer 2 getrennt zur Abstimmung gestellt.

Die Ziffern 1, 3 und 4 werden mit 25 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Ziffer 2 wird mit 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Noz (Urlaub)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadtrat Kopp (gesch. verhindert)
Stadträtin Burkhardt (Urlaub)
Stadtrat Rebholz (entschuldigt)
Stadtrat Seybold (entschuldigt)
Stadtrat Siegmund

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist OBM Spec auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 272/12 und die mehrheitlich gefasste Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt am 05.06.2012.

Es wird seitens des Gremiums weder ein Sachvortrag gewünscht noch findet eine Aussprache statt.

Abschließend stellt OBM Spec die Vorl.Nr. 272/12 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 6	Weiterer Ablauf STEP Obweil und Einstieg in die Planungsverfahren "Berliner Platz/Sporthalle Ost" und "Entwicklungsbereich Ost/Obweil"	Vorl.Nr. 304/12
-------	--	-----------------

Beschluss:

1. Die Verwaltung initiiert eine Begleitgruppe zum **STEP Obweil**, die sich aus Mitgliedern des Gemeinderats, des Stadtteilausschusses und den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zusammensetzt. Ein erstes Treffen der Begleitgruppe soll nach der Sommerpause stattfinden. Ebenfalls im Herbst geplant sind die ersten themenspezifischen Beteiligungsveranstaltungen im STEP Obweil.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, einen städtebaulichen Ideenwettbewerb mit einem Realisierungsteil für die **Oststadthalle** vorzubereiten und durchzuführen. Dem Verfahren wird ein Planungsworkshop mit Beteiligten aus dem STEP Ost vorgeschaltet. Die Abgrenzung des Untersuchungsbereichs ist in der Anlage 2 dargestellt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Mehrfachbeauftragung zur Entwicklung einer städtebaulichen Rahmenkonzeption „**Entwicklungsbereich Ost/Obweil**“ vorzubereiten. Die Wettbewerbsunterlagen mit konkreten Zielvorgaben für diesen Bereich werden nach der Sommerpause im BTU beschlossen. Der Untersuchungsbereich ist ebenfalls in der Anlage 2 dargestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Die Ziffern 1, 2 und 3 werden en bloc zur Abstimmung gestellt.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Noz (Urlaub)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadtrat Kopp (gesch. verhindert)
Stadträtin Burkhardt (Urlaub)
Stadtrat Rebholz (entschuldigt)
Stadtrat Seybold (entschuldigt)
Stadtrat Siegmund

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist OBM Spec auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 304/12 und die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt am 12.07.2012.

Es wird seitens des Gremiums weder ein weiterer Sachvortrag gewünscht noch findet eine Aussprache statt.

Abschließend stellt OBM Spec die Vorl.Nr. 304/12 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 7

Zukunftskonferenz 2012

Vorl.Nr. 300/12

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist OBM Spec auf die dem Gremium vorliegende Mitteilungsvorlage Nr. 300/12.

Seitens des Gremiums wird weder ein Sachvortrag gewünscht noch findet eine Aussprache statt.

Der Bericht zur Zukunftskonferenz 2012, Vorl.Nr. 300/12 wird seitens des Gremiums zur Kenntnis genommen.

TOP 8

Energetikom
Grundsatzbeschluss und Vergabe der
Architekten und Ingenieurleistungen

Vorl.Nr. 241/12

Beratungsverlauf:

Der Tagesordnungspunkt 8, Vorl.Nr. 241/12 zum Energetikom wird von EBM Seigfried vor Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung des Gemeinderates am 25.07.2012 abgesetzt.

TOP 9

Richtlinien über die Förderung des Sports in
Ludwigsburg - Anpassung des Zuschusses für
die Jugendtrainer gem. § 5 Abs. 3

Vorl.Nr. 262/12

Beschluss:

1. In den Richtlinien über die Förderung des Sports in Ludwigsburg wird § 5 „Stadtverband für Sport Ludwigsburg e.V.“ geändert. Gemäß Absatz 3 erhält der Stadtverband für Sport für die Personalkosten der vier Stadtjugendtrainer ab 01. Januar 2013 jährlich 145.000 Euro.

2. Die notwendigen Mittel werden ab dem Haushalt 2013 zusätzlich im Budget des FB 48 zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Noz (Urlaub)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadtrat Kopp (gesch. verhindert)
Stadträtin Burkhardt (Urlaub)
Stadtrat Rebholz (entschuldigt)
Stadtrat Seybold (entschuldigt)
Stadtrat Siegmund

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist OBM Spec auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 262/12 und die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales am 17.07.2012.

Es wird seitens des Gremiums weder ein weiterer Sachvortrag gewünscht noch findet eine Aussprache statt.

Abschließend stellt OBM Spec die Vorl.Nr. 262/12 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 10

Rechenschaftsbericht zur Jahresrechnung 2011

Vorl.Nr. 258/12

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist OBM Spec auf die dem Gremium vorliegende Mitteilungsvorlage Nr. 258/12 und die intensive Beratung der Thematik im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 24.07.2012.

Der Rechenschaftsbericht zur Jahresrechnung 2011, Vorl.Nr. 258/12 wird seitens des Gremiums zur Kenntnis genommen.